Jahrbuch für Europäische Geschichte

Jahrbuch für Europäische Geschichte

Herausgegeben
am Institut für Europäische Geschichte
von Heinz Duchhardt

Band 10
2009

R. Oldenbourg Verlag München 2009

Redaktion: Małgorzata Morawiec

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2009 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: buch bücher dd ag, 96158 Birkach

ISBN 978-3-486-58928-3
ISSN 1616-6485

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunktthema: Europäisches Krisenjahr 1609/10

- Winfried Schulze, München:
„Wir stunden gegeneinander wie zwei Böcke“.
Die Krise des Reichs in den Jahren 1608/09 3
- Ernst Hinrichs, Potsdam:
Frankreich in der Krise der Jahre 1609/10 29
- Hugo de Schepper, Nijmegen:
Das „Spanische Niederland“.
Zum zwölfjährigen Waffenstillstand mit den Vereinigten Provinzen
1598–1609 41
- Otfried Czaika, Stockholm:
„Emot the Poler, Rysser och Danska” – Das Schwedische Reich und das
Krisenjahr 1609/1610 77
- Anna Filipczak-Kocur, Opole:
Polen und Moskau 1609–1610 97

Andere Beiträge

- Harald Kleinschmidt, Tsukuba:
Posituren im Wandel. Beobachtungen zur Geschichte der Körperhaltung
und -bewegung vornehmlich im frühneuzeitlichen Europa 121
- Julia A. Schmidt-Funke, Mainz:
Revolution als europäisches Ereignis. Revolutionsrezeption und
Europakonzeptionen im Gefolge der Julirevolution von 1830 149
- Ansbert Baumann, Tübingen:
„Nach der Zuständigkeit zur Gesetzgebung“. Die deutsche Vertretung
bei den Europäischen Erziehungsministerkonferenzen seit 1959 195

Forschungsbericht**Heinz Duchhardt, Mainz:****Neue Ansätze in der historischen Europaforschung.****Anmerkungen zu einigen Neuerscheinungen**

215

Europa-Institute und Europa-Projekte**Wolfram Kaiser, Portsmouth:****Centre for European and International Studies Research, Universität****Portsmouth**

221

Auswahlbibliographie**Małgorzata Morawiec, Mainz:****Europa-Schrifttum 2008**

229

Autorenverzeichnis

263

SCHWERPUNKTTHEMA

Europäisches Krisenjahr 1609/10

Als Schwerpunktthema des Jahresbandes 2009 des Jahrbuchs für Europäische Geschichte wurde ein Gedenkjahr gewählt, das für eine ganze Reihe von europäischen Regionen im Sinn einer Zäsur von Belang war: 1609 brach im Deutschen Reich, in dem sich seit kurzem die beiden konfessionellen Lager organisiert gegenüberstanden, ein regionaler Konflikt aus, dem die Gefahr innewohnte, sich zu „europäisieren“, im selben Jahr kam es zwischen den Niederlanden und der Krone Spaniens zu einem Waffenstillstand, der faktisch, wenn auch nicht förmlich, den rebellischen Provinzen die Souveränität zusprach, zwischen Polen und Russland brodelte es, in Schweden zeichneten sich neue Entwicklungen ab, im Folgejahr wurde in Frankreich der „gute“ und „große“ König Heinrich IV. ermordet. Diese Massierung von Konflikten in den verschiedensten europäischen Regionen ist sicher nicht auf eine Ursache oder auch nur ein Ursachenbündel zurückzuführen, sie lässt aber etwas ahnen von der erheblichen inneren Aufgeregtheit der Zeit und der staatspolitischen Labilität, die ehrgeizige Aufsteigerstaaten geradezu herausforderte, sich neue Ziele zu setzen.

Die für dieses Schwerpunktthema „Das europäische Krisenjahr 1609/10“ eingeworbenen Beiträge von Autoren aus Deutschland, Polen, Schweden und den Niederlanden vermögen dabei noch nicht einmal das gesamte Krisenszenario abzudecken. Es sei nur der Ergänzung, nicht der Vollständigkeit halber noch darauf hingewiesen, dass es auch im adriatischen Raum wegen der Uskokenfrage zu einer höchst angespannten Situation gekommen war oder dass 1609 in Böhmen zwischen den Ständen und der Krone ein „Majestätsbrief“ ausgehandelt wurde, von dem anzunehmen war, dass er noch nicht das letzte Wort in langwierigen Auseinandersetzungen um Freiheits- und Autonomierechte war. Es kriselte an vielen Stellen in Europa – dass der Druck irgendwann zu groß werden würde und die verschiedenen Krisen in einen europaweiten Konflikt einmünden würden, haben schon seinerzeit manche Beobachter erwartet.

Ernst Hinrichs, der große Frankreich- und Preußenhistoriker, hat um die Jahreswende 2008/09 seinen Beitrag für den vorliegenden Band abgeliefert. Niemand ahnte damals, dass das sein letzter wissenschaftlicher Aufsatz sein würde. Er ist am 04. April 2009 verstorben. Seinem Andenken ist dieser Band des Jahrbuchs für Europäische Geschichte gewidmet.

„Wir stunden gegeneinander wie zwei Böcke“. Die Krise des Reichs in den Jahren 1608/09

Von

Winfried Schulze

Man wird gewiss nicht sagen können, dass der 1609 ausbrechende jülich-klevische Erbfolgestreit in die Reihe der herausragenden Themen der deutschen frühneuzeitlichen Geschichte gehört. Er hat keine nationalen Mythen geschaffen, keine tragische Figur hervorgebracht, keinen Fenstersturz produziert und kein elementar neuer Gedanke wird in ihm geboren, ja man ist versucht, mit Axel Gotthard von einem „Allerweltsjahr“ sprechen¹. Und in einer weltgeschichtlichen Perspektive auf den Beginn der modernen Welt muss das Jahr wohl – wir merken das in diesem „Jahr der Astronomie“ besonders – hinter der Erfindung des Teleskops zurücktreten, das der Menschheit einen ganz neuen Blick in die Sternenwelt ermöglichte und die „Pluralität der Welten“ denkbar werden ließ. Er beginnt mit dem seit langem erwarteten Tod eines geisteskranken deutschen Fürsten, und er endet mit der Ermordung eines großen französischen Königs, der einen riskanten Feldzug beginnen wollte, aber von einem Mörder in letzter Minute daran gehindert wurde. Diesem Streit fehlen also alle Attribute großer Geschichte, der zudem in seinen erbrechtlichen Detailproblemen so kompliziert ist, dass sich eine einfache Lösung weder damals noch heute herauslesen lässt. Er scheint eher ein interessanter Beispielfall für ein rechtshistorisches Seminar zum fürstlichen Erbrecht in der Frühen Neuzeit zu sein.

Und doch – auf den Historiker übt der Streit einen ganz besonderen Reiz aus: Nicht nur, weil der Erbfolgestreit das sonst verpönte Nebeneinander verschiedener Konfessionen in einem Gemeinwesen ermöglichte, nicht nur, weil er Brandenburg den Weg an den Rhein ebnete, was dem Erbfolgestreit für immer einen Ehrenplatz in der borussischen Geschichtsschreibung sichern sollte, sondern vor allem wohl, weil sich im Erbfolgestreit die ganze komplexe Geschichte konfessioneller Parteibildungen und machtpolitischer Interessen nach dem Augsburger Religionsfrieden analysieren lässt. Und schließlich muss die Frage beantwortet werden, warum sich trotz tiefgreifender Kontroversen, trotz bereitstehender militärischer Bündnisse noch einmal die Fähig-

¹ Ähnlich wertet Axel Gotthard das Jahr 1608, wenn er schreibt: „Das Jahr 1608 hat im Geschichtsbild der Deutschen keinen festen Platz“, in: DERS., *Konfession und Staatsräson. Die Außenpolitik Württembergs unter Herzog Johann Friedrich (1608–1628)*, Stuttgart 1992, S. 1.

keit zum Kompromiss durchsetzte, die wenige Jahre später beim Kampf um die Herrschaft in Böhmen nicht mehr zu mobilisieren war. Und schließlich reizt auch das verwirrende Nebeneinander des ersten Blicks auf die Mondoberfläche in Padua und London einerseits und die Wahrnehmung des streitbaren Nebeneinanders von reformierten, protestantischen und katholischen Gemeinden in den niederrheinischen Fürstentümern. Konnte das wirklich zeitlich nebeneinander geschehen? Es ist die berühmte Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, die wir in dieser Figuration erkennen können, eine Konstellation, die den Historiker immer besonders reizt.

Wenn wir uns dem Jahr 1609 zuwenden, dann nähern wir uns einer Epoche der deutschen Geschichte, die im Allgemeinen keine besonders positive Würdigung erfahren hat und meistens noch erfährt.

„Seit dem Religionsfrieden ist das Reich nur noch eine Vielheit von Territorien, ohne Einheit der Macht und des Willens; ein Inbegriff unzähliger Libertät, nur ohne das Gewölbe, dass sich alle schützen und zusammenhalten müsste; Wind und Wetter haben freien Zugang, wenn nicht da und dort in dem alten Prachtbau ein Verschlag, ein Blätterdach einigen Schutz geschaffen hat“.

Es war Johann Gustav Droysen, der 1855 in seiner *Geschichte der preußischen Politik* so die Lage des Reiches nach dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 zu charakterisieren versuchte, und er hat damit in gewisser Weise die Grundrichtung der Interpretation vorgegeben, die erst in jüngster Zeit differenziert wurde. Während die erste Jahrhunderthälfte mit der Entstehung und der Konsolidierung der reformatorischen Bewegung durchaus positiv bewertet wurde, beschrieb zum Beispiel Moriz Ritter diese Epoche schlicht als „Auflösung der Reichsverfassung“, während der katholische Historiker Johannes Jannssen mit dem Zustand des Reiches nur Begriffe wie „Zerfall“ und „Zerrüttung“ verbinden wollte².

Auf diese Weise geriet das gesamte spätere 16. Jahrhundert in das Vorfeld des Dreißigjährigen Krieges hinein, wurde zu einer Geschichte „toute en grisaille“, wie es ein französischer Kollege formuliert hat. Da wir Historiker immer dazu neigen, epochale Ereignisse in einem langen Vorlauf zu sehen, konnte es nicht ausbleiben, dass auch die Gesamtepoche zwischen dem Religionsfrieden und dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges in einer solchen teleologischen Deutung von ihrem bedauerlichen Ende her gesehen wurde. Insofern fällt es zunächst einmal schwer, für den jülich-klevischen Erbfolgestreit und die sich in ihm offenbarende Reichskrise einen angemessenen Platz zu finden, der nicht durch die schiefe Ebene hin zum Ausbruch des Krieges vorherbestimmt würde. Immerhin gibt es in der neueren Forschung durchaus einige Differenzierungsversuche, die es unternehmen, zumindest zwischen

² Die Belege nach Winfried SCHULZE, *Reich und Türkengefahr. Studien zu den Auswirkungen einer äußeren Bedrohung*, München 1978, S. 1 f.

einer Ausbauphase der Reichsverfassung bis 1586 und einer dann beginnenden krisenhaften Entwicklung zu unterscheiden, wie sie etwa Maximilian Lanzinner vorgenommen hat³. Der Tod Augusts von Sachsen, des letzten Fürsten aus der Generation, die 1555 zustande gebracht hatte, fällt in dieses Jahr, und damit begann eine sich dann steigernde Verschärfung der Krise im Reich, ohne dass ein stabiles Gegengewicht vorhanden gewesen wäre.

Freilich, fast alle großen Ereignisse der neueren Geschichte werden von den Historikern mit langen Vorlaufphasen bedacht: Natürlich fängt eine Geschichte der Französischen Revolution nie mit dem Zusammentritt der Generalstände im Mai 1789 oder gar mit der Erstürmung der Bastille am 14. Juli dieses Jahres an, sondern immer geht der Blick der Historiker weit über die Vorrevolution hinaus in das späte Ancien Régime, in dem die Entstehungszusammenhänge der Revolution vermutet werden. Und auch wenn die Historiker den raffinierten Versuch unternehmen, eine bewusste Differenzierung der Zeitperspektiven vorzunehmen, können sie doch kaum der Verursachungslogik und ihrer Dynamik entgehen. Ein schönes Beispiel dafür ist die kluge Differenzierung in langfristige, mittel- und kurzfristige Gründe für die Englische Revolution, die Lawrence Stone in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts vorgelegt hat⁴.

Wenn man trotz dieser starken historiographischen Tendenzen den Versuch unternimmt, eine von den erwähnten Rahmenbedingungen losgelöste Interpretation des Erbfolgestreits zu versuchen, dann wird man von drei Grundthesen ausgehen müssen, die ich vorab formulieren möchte und die gewissermaßen die Grundlinie der Deutung der Krise bestimmen werden. Zum einen ist dies die These, dass wir keineswegs von einer langfristigen, geradezu automatischen Entwicklung hin zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges ausgehen dürfen, in der dann jedes einzelne krisenhafte Ereignis auf das andere getürmt wird und am Schluss ein schier auswegloser Erklärungsrahmen für den Ausbruch des Krieges entsteht, zu dem es praktisch keine Alternativen geben konnte. Stattdessen soll der Versuch unternommen werden, in der Tatsache, dass der Erbfolgestreit eben nicht zum Auslöser eines großen deutschen und europäischen Krieges wurde, einen Beleg dafür zu sehen, dass selbst in einer Phase kontroverser konfessioneller Positionen noch Ressourcen für die friedliche Regelung von Konflikten im Reich und in Europa bereitstanden. Der Gedanke einer prinzipiell offenen Geschichte sollte auch hier zur Geltung gebracht werden, denn nur er kann den Historiker vor einer Deutung bewahren, die die Handlungsoptionen systematisch begrenzt.

³ Maximilian LANZINNER, *Konfessionelles Zeitalter 1555–1618*, ¹⁰Stuttgart 2001, S. 47 ff. Pointierter DERS., *Das römisch-deutsche Reich um 1600*, in: *Späthumanismus. Studien über das Ende einer kulturhistorischen Epoche*, hrsg. von Notker Hammerstein und Gerrit Walther, Göttingen 2000, S. 19–45.

⁴ Lawrence STONE, *The Causes of the English Revolution, 1529–1642*, rev. Aufl. London 2001.

Die andere These betrifft die europäische Qualität des jülich-klevischen Erbfolgestreits, der ja im Mittelpunkt der Krise von 1609 steht. Gerade wenn man diesen Streitfall in die Reihe der Konflikte einordnet, die das Reich in der Epoche nach dem Augsburger Religionsfrieden belastet haben, dann wird festzuhalten sein, dass etwa zwischen dem Streit um die Freistellung 1576 oder dem Magdeburger Sessionsstreit von 1582 und dem jülich-klevischen Erbfolgestreit ein fundamentaler Unterschied hinsichtlich der Dimensionen seiner Wahrnehmung besteht. Letzterer ist ohne jeden Zweifel als ein europäischer Konflikt anzusehen. Man wird mit Fug und Recht behaupten dürfen, dass schon in der langen Vorlaufphase vor dem Ableben des Herzogs Johann Wilhelm am 25. März 1609 eine strategische Diskussion unter den europäischen Mächten einsetzte, die klar erkennen ließ, dass dieser Konflikt nicht als interne Reichssache zu lösen sein würde, wie das vom Kaiserhof wohl gerne gesehen worden wäre. Insofern wird es notwendig sein, diese Seite des Konfliktes auch angemessen in eine Gesamtinterpretation einzubeziehen und sich damit zugleich der Tatsache bewusst zu werden, dass ein Spezifikum der deutschen Geschichte auch in der Frühen Neuzeit darin besteht, dass das Heilige Römische Reich schon seit Langem ein Interessensfeld auswärtiger Mächte war. Selbst wenn die politische Sprache der Zeit immer auf die „teutschen“ Bedingungen politischer Konflikte abhob, so stellte sich die Wirklichkeit ganz anders dar; sie war in hohem Maße von einer erstaunlich intensiven europäischen Verflechtung der Politik geprägt.

Diese europäische Verflechtung der Politik scheint – jedenfalls in der hier beobachtbaren neuen Qualität – ein Spezifikum des 16. Jahrhunderts zu sein, das nicht nur den Begriff „Europa“ als Sammelbezeichnung für die hier interessierenden Staaten populär machte und den der *Christianitas* überlagerte, sondern auch eine neue Gesamtsicht auf das europäische System etablierte, das zunehmend vom Bild eines europäischen Gleichgewicht geprägt wurde. Wenn auch der Gleichgewichtsgedanke noch nicht immer in jener systematischen Form angesprochen wurde, wie das im späten 17. und 18. Jahrhundert üblich wurde, so gehört der Gedanke des Gleichgewichts ohne jeden Zweifel zu den bemerkenswertesten Entwicklungen, die die Tektonik des europäischen Staatensystems auf lange Zeit hin bestimmen sollte⁵.

Die Genese dieses neuen europäischen Gleichgewichtsdenkens wird in der klassischen Geschichtsschreibung des spätmittelalterlichen italienischen Staatensystems gesehen. So sagt Francesco Guicciardini in seiner *Storia d'Italia* von Lorenzo de Medici, er habe sich darum bemüht, „che le cose d'Italia in modo bilanciato“ bleiben.

⁵ Die hier folgenden Belege nach Ernst KAEBER, Die Idee des europäischen Gleichgewichts in der publizistischen Literatur bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1907. Dazu auch Winfried SCHULZE, Europa in der frühen Neuzeit – begriffsgeschichtliche Befunde, in: „Europäische Geschichte“ als historiographisches Problem, hrsg. von Heinz Duchhardt und Andreas Kunz, Mainz 1997, S. 35–65.

Im Kontext der sich formierenden spanischen Universalmonarchie entstehen auch erste Überlegungen zur Verhinderung einer solchen Übermacht. Dabei war gerade die Wahl Karls V. zum römischen König auch eine erste Reaktion der Mächte Europas auf die bedrohlich wachsende französische Macht. Der englische König Heinrich VIII. entscheidet sich auf den Rat von Thomas Wolsey im Namen der *balance of power* für den vermeintlich schwächeren Bewerber und gibt damit den Weg für Karl frei. Nach dem französisch-habsburgischen Krieg von 1536–1538 urteilt ein venezianischer Gesandter, der französische König achte darauf, dass sein Gegner nicht zu mächtig werde, und er versuche, „sich an Kräften dem Kaiser gleich zu machen“. Auch Franz I. erkannte diese Notwendigkeit, wenn er etwa den deutschen protestantischen Fürsten 1537 schrieb, dass es keinen anderen Schutzwahl vor der anmaßenden spanischen Weltherrschaftsidee gebe, als ein wechselseitiges Bündnis. Man muss annehmen, dass in solchen Überlegungen auch Gedanken an eine Balance der europäischen Mächte formuliert worden sind, doch lassen sie sich nicht direkt belegen. Man kann dies nur annehmen, wenn etwa Kardinal Wolsey – wie erwähnt – über die Notwendigkeit einer Verbindung zwischen England und den kontinentalen Monarchien speulierte.

Dass die protestantischen deutschen Fürsten empfängliche Adressaten solcher Gedanken waren, liegt nahe. Hier wurde die alte „lößliche Libertet und Freyheit unseres geliebten vatterlands der Teutschen Nation“ dem „beschwerlich joch des vorgestellten viehischen Servituts und Dienstbarkeit“ unter der Herrschaft Spaniens gegenübergestellt. Die erste direkte Formulierung der Balanceidee findet sich in einem Schreiben der Maria von Ungarn, der Statthalterin der Niederlande an den kaiserlichen Gesandten in England, in dem sie über die Sorgen der italienischen Staaten gegenüber dem Haus Habsburg und Spanien spricht: „Ihr kennt die Befürchtungen, die sie vor der Größe des einen wie des anderen dieser zwei Fürsten hegen und ihre Sorge, diese Macht zu balancieren“. Noch ein Jahr später spricht ein anderer Venezianer, Giovanni Cappello, über die Politik Venedigs und sagt, die Republik strebe dahin, die Dinge im Gleichgewicht zu erhalten. Die klassische Formulierung zu dieser neuen Art von europäischer Gleichgewichtspolitik findet sich schließlich in einem Gutachten Philippe Duplessis Mornays für den französischen König Heinrich III. von 1584 „sur les moiens de diminuer l’Espagnol“:

„Alle Staaten werden nur für stark oder schwach gehalten im Vergleich zu der Stärke oder Schwäche ihrer Nachbarn; deshalb suchen weise Fürsten gegen ihre Nachbarstaaten ein Gegengewicht zu bilden, soweit sie dazu imstande sind; solange es ihnen gelingt, können sie in Frieden leben; gerät das Verhältnis der Gegengewichte ins Wanken, so haben Friede und

Freundschaft ein Ende, denn diese beruhen zwischen Fürsten nur auf gegenseitiger Furcht und Achtung“⁶.

In die gleiche Richtung zielt eine Äußerung Tomaso Campanellas in seinen *Discorsi Politici* von 1600, wo er eine Änderung der Allianzen empfiehlt, um die spanische und französische Machtstellung in Italien zu schwächen. 1624 spricht Francis Bacon vom Interesse der Könige von England, Frankreich und Spanien, „to set the balance of Europe upright again“.

Man braucht nicht eigens darauf hinzuweisen, dass hier zum ersten Mal in klarer Sprache die Grundsätze der neuen Außenpolitik im System der europäischen Nationalstaaten festgehalten werden, ganz im Sinne jener neuen „ragione di stato“ oder „raison d'état“, wie sie sich vor allem im späteren 16. Jahrhundert in Europa Bahn bricht, keineswegs erst nachdem der piemontesische Jurist Giovanni Botero 1589 seinen einschlägigen Traktat *Della ragione di stato* geschrieben hatte⁷. Abschließende Darstellung dieser, im Streit zwischen Frankreich und Spanien-Habsburg entwickelten Idee des europäischen Gleichgewichts ist die Schrift des hugenottischen Herzogs von Rohan von 1638 *De l'interest des Princes et Etats de la Chrétienté*, eine Schrift freilich zur Verteidigung der Außenpolitik des Kardinals Richelieu. Rohan arbeitet hier für alle europäischen Staaten die Maxime heraus, dass es in ihrem ureigenen Interesse liege, zwischen Frankreich und Spanien, den „beiden Polen“ des Staatensystems, ein Gleichgewicht zu erhalten.

„Das oberste Interesse aller anderen Staaten ist, die Waage zwischen diesen beiden Monarchien so im Gleichen zu halten, daß keine von ihnen, sei es durch die Waffen, sei es durch Verhandlungen, jemals einen beträchtlichen Vorsprung erlange. Auf diesem Gleichgewicht beruht ganz allein die Ruhe und die Sicherheit aller anderen“.

Dieses Interesse aller christlichen Fürsten gehörte zumindest seit dem 16. Jahrhundert zu den Grundkonstanten europäischer Außenpolitik.

Damit berühren wir zugleich die dritte These, die diesem Beitrag zugrunde liegt. Es geht dabei um die Frage, in welchem Maße die europäische Politik des 16. und 17. Jahrhunderts als konfessionell geprägt angesehen werden muss oder ob hier schon die neuen Prinzipien einer säkularen Interessenpolitik zu beobachten sind, die in eine postkonfessionell zu charakterisierende Epoche hineinweisen. Natürlich liegt es auf der Hand, auch diesen Konfliktfall in die Reihe der konfessionell bedingten Streitfälle einzuordnen, schließlich steht am Ausgangspunkt der dominierende Gegensatz zwischen Union und Liga und ihren politischen Gegenpolen im Lager des Protestantismus/

⁶ Hier zitiert nach Friedrich BEIDERBECK, *Zwischen Religionskrieg, Reichskrise und europäischem Hegemoniekampf*. Heinrich IV. von Frankreich und die protestantischen Reichsstädte, Berlin 2005, S. 56 ff.

⁷ Vgl. Heinrich LUTZ, *Ragione di stato und christliche Staatsethik im 16. Jahrhundert*, Münster 1961.

Calvinismus und der katholischen Mächte. Aber schon der weitere Verlauf der Auseinandersetzung macht deutlich, dass die anfängliche konfessionelle Solidarität zwischen den am Niederrhein possedierenden Mächten nicht ausreichte, um ihre konträren Machtinteressen zu zähmen, dass die Interessen des national-französischen Königtums stärker waren als die des „allerchristlichen Königs“, dass schließlich die Konfessionswechsel der beiden possedierenden Mächte Brandenburg zum Calvinismus und Pfalz-Neuburg zum Katholizismus wohl nur aus den politischen Bündnisoptionen beider Bewerber zu erklären sind. Es stellt sich also bei näherer Betrachtung heraus, dass die konfessionelle Prägung des Konflikts bestenfalls für eine Anfangsanalyse infrage kommt, aber nicht für den gesamten Verlauf aufrechterhalten werden kann. In Umrissen wird auch schon in diesem sog. „konfessionellen Zeitalter“ die moderne Perspektive nationaler Machtinteressen erkennbar.

Die Geschichte des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation im späten 16. und frühen 17. Jahrhundert ist inzwischen oftmals erzählt worden, die wesentlichen Schritte in der Entwicklung vom Augsburger Religionsfrieden bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges sind bekannt; es hat den Anschein, dass die moderne Forschung derzeit eher an Strukturfragen der Reichsverfassung, der obersten Gerichtsbarkeit oder der Kreisverfassung interessiert ist denn an der erneuten Aufarbeitung bestimmter Ereigniskomplexe. Gleichwohl wäre es verfehlt, hier schon überall von einem wirklich befriedigenden Forschungsstand ausgehen zu können. Wir verfügen heute ohne jeden Zweifel über sehr viel mehr genauere Informationen über das konfessionelle Mit- und Gegeneinander im Reich um 1600, als dies vor etwa 40 Jahren der Fall war. Damals konnte man in der Tat davon ausgehen, dass die Epoche des späteren 16. Jahrhunderts eine Art von *terra incognita* darstellte, für die – abgesehen von den grundlegenden ereignisgeschichtlichen Arbeiten von Moriz Ritter, Felix Stieve und einigen territorialstaatlichen Spezialuntersuchungen – nicht sehr viel an reichspolitischen Analysen vorhanden war. Dies hat sich in diesem Zeitraum erheblich verändert. Die letzten Jahrzehnte sind vor allen Dingen genutzt worden, um anhand einiger strategischer Begriffe diesen Zeitraum erneut und unter systematischen Gesichtspunkten neu zu erforschen. Hier haben uns vor allen Dingen die Arbeiten zum Problem der Sozialdisziplinierung, dem Prozess der territorialen Konfessionalisierung, zur Reichskirchengeschichte, zur Geschichte des Reichskammergerichts und des Reichshofrats und nicht zuletzt auch zu den verschiedenen Typen der Reichsversammlungen und der Reichstags- und Reichssteuergeschichte erhebliche Fortschritte beschert⁸. Auch die Analyse der konfessionellen Sonderbündnisse und der territorialstaatlichen Konfessionspolitik ist erheblich vorangetrieben worden. Leider stehen für die wichtigen

⁸ Die letzte Zusammenfassung dieser Epoche bei LANZINNER, Konfessionelles Zeitalter (wie Anm. 3), S. 3–203.

Reichstage 1594, 1597/98, 1603, 1608 und 1613 keine modernen Ansprüchen genügende Darstellungen zur Verfügung, auch die erfreulicherweise fortschreitende Edition der Reichstagsakten bzw. der Reichsversammlungen hat diese Versammlungen noch nicht erfasst⁹.

So können wir heute insgesamt von einer ganz anderen Quellen- und Forschungslage ausgehen, wenn wir uns noch einmal mit der Epoche zwischen dem Augsburger Religionsfrieden und dem Ende des 16. Jahrhunderts beschäftigen, die gerade durch die große Arbeit von Axel Gotthard über den Augsburger Religionsfrieden systematisch analysiert worden ist, nachdem kurz zuvor Maximilian Lanzinner in seiner Gebhardt-Darstellung noch einmal eine überwiegend politikgeschichtliche Gesamtdarstellung geboten hatte, die die Darstellung von Martin Heckel aus dem Jahre 1983 ergänzte. Erinnern will ich auch an Heinz Angermeiers Versuch einer Neubewertung der von Khlesl entwickelten Ideen einer kaiserlichen Kompositionspolitik¹⁰. Hinzuweisen ist schließlich auf eine Sektion des Historikertages 1998 in Frankfurt, die unter die Frage: „Friedliche Intentionen – kriegerische Effekte. War der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges unvermeidlich?“ stand. Der Verweis auf diese Sektion scheint vor allen Dingen deshalb notwendig, weil schon die damaligen Vorträge und die daran anschließenden Diskussionen deutlich gemacht haben, dass von einer schlichten Alternative: hier konfessionelle Überzeugungstäter, dort politisch gelassen reagierende Reichspolitiker, überhaupt nicht die Rede sein kann¹¹.

Wenden wir uns zunächst jedoch der Lage im Reich zu, das in der zweiten Hälfte des 16. und am Beginn des 17. Jahrhunderts durch drei wesentliche Grundzüge zu charakterisieren ist. Sie betreffen die Entwicklung der Territorialstaaten, die innere Lage des Reichs und seiner Institutionen, die Lage des kaiserlichen Hauses selbst und schließlich die parallel entstehenden Bündnisse von Union und Liga.

Ein erster Blick muss der Konsolidierung der Territorialstaaten gelten, die sich vielfach beobachten lässt: Zurückdrängung der Macht der Landstände, Durchsetzung konfessioneller Einheit, der Ausbau eines administrativen Systems, das auf eine Zentrale hin ausgerichtet war, die Etablierung einer de facto regelmäßigen Besteuerung, alles Vorgänge, die von der politischen Theoriebildung eindeutig unterstützt wurden. *Die Rechtsgrundlagen der Territorialgewalt* – so der Titel des grundlegenden Buches von Dietmar Willoweit – bildeten sich immer deutlicher heraus und förderten diesen Prozess

⁹ Zum Stand der Erforschung des Reichstags zuletzt: Der Reichstag 1486–1613. Kommunikation – Wahrnehmung – Öffentlichkeiten, hrsg. von Maximilian Lanzinner und Arno Strohmeier, Göttingen 2006.

¹⁰ Heinz ANGERMEIER, Politik, Religion und Reich bei Kardinal Melchior Khlesl, in: ZRG GA 110 (1993), S. 249–330.

¹¹ Vgl. Friedliche Intentionen – Kriegerische Effekte. War der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges unvermeidlich?, hrsg. von Winfried Schulze, St. Katharinen 2002.

der territorialen Konsolidierung¹². Parallel dazu entstand eine politikwissenschaftliche Lehre von den Territorialstaaten, die die Stärkung des Landesfürstentums durch legitimatorische Ansätze untermauerte¹³. Natürlich konnte dieser Vorgang des territorialen Machtzugewinns nicht alle Reichsstände in gleicher Weise erfassen, die ja als ganz unterschiedlich starke Mitspieler im Reichssystem zu bezeichnen sind, aber die Tendenz zur Ausbildung zentralstaatlicher Territorialität lässt sich bei fast allen Reichsständen beobachten. Wo dieser Prozess staatlicher Intensivierung nicht gelingt, erfolgt ein Rückfall in die politische Zweit- und Drittklassigkeit, die die Verlierer in die klientelhafte Abhängigkeit von einer der mächtigeren Dynastien zwang, deren Bedeutung damit noch erhöht wurde. Mit diesem Prozess der Stärkung der Territorialstaaten, der in den einschlägigen Bestimmungen des Westfälischen Friedens über die *superioritas territorialis* seinen Höhepunkt finden sollte, ist auch die Basis für die starke Stellung der Reichsstände gegenüber dem Kaiser gegeben, der nur in komplizierten Abstimmungsprozessen eine einheitliche Politik des Reiches erreichen konnte.

Diese Beobachtung zur realen Macht des Kaisers legt einen Blick auf die inneren Verhältnisse des habsburgischen Herrscherhauses nahe, das seit dem Tode Karls V. in eine deutsche und eine spanische Linie getrennt war, ein Zustand, der keineswegs ohne dynastische Spannungen erreicht worden war. Nach dem Tode Ferdinands I. 1564 war zudem der deutsche Herrschaftsbereich des Hauses in drei Linien aufgeteilt worden, die sich zwar „brüderlich“ zueinander verhalten sollten, so als ob das Haus ungeteilt wäre, deren Konkurrenz aber durchaus zu beobachten war und seit etwa der Jahrhundertwende zu neuen tiefgreifenden Konflikten führen sollte. Die kaiserliche Würde, zuerst in der Person Maximilians II., dann Rudolfs II., war verbunden mit der Herrschaft in Böhmen und in Ober- und Niederösterreich, auch mit dem ungarischen Königtum, während sich in Innerösterreich (Steiermark, Kärnten und Krain) eine familiär mit Bayern eng verbundene Linie des Hauses durchsetzte, die zudem, am Ende des 16. Jahrhunderts in der Person Erzherzog Ferdinands, des späteren Kaisers, eine scharf gegenreformatorische Politik verfolgen sollte. In Tirol und in den Vorlanden herrschte dagegen Erzherzog Ferdinand von Tirol, der Gatte der Philippine Welser, dem 1602 der Deutschmeister Erzherzog Maximilian nachfolgte¹⁴. Deren Sohn, der Mark-

¹² Dietmar WILLOWEIT, Rechtsgrundlagen der Territorialgewalt, Landesobrigkeit, Herrschaftsrechte und Territorium in der Rechtswissenschaft der Neuzeit, Köln/Wien 1975.

¹³ Dazu Wolfgang J. WEBER, *Prudentia gubernatoria*. Studien zur Herrschaftslehre in der deutschen politischen Wissenschaft des 17. Jahrhunderts, Tübingen 1992 und *Der Fürst. Idee und Wirklichkeit in der europäischen Geschichte*, hrsg. von dems., Köln [u. a.] 1998.

¹⁴ Winfried SCHULZE, *Hausgesetzgebung und Verstaatlichung im Hause Österreich vom Tode Maximilians I. bis zur Pragmatischen Sanktion*, in: *Der dynastische Fürstenstaat. Zur Bedeutung von Sukzessionsordnungen in der europäischen Geschichte*, hrsg. von Johannes Kunisch, Berlin 1982, S. 253–271.

graf Karl von Burgau, der mit einer der Töchter Herzog Wilhelms von Jülich verheiratet war, sollte später eine Nebenrolle im Erbfolgestreit spielen.

Diese drei Herrschaftsbereiche verfolgten zwar ein prinzipiell einheitliche Konfessionspolitik, gleichwohl kam es angesichts der relativ starken Stellung der – mit Ausnahme Tirols – mehrheitlich protestantischen Stände der Länder zu durchaus unterschiedlichen Situationen hinsichtlich der religiösen Freiheiten. Diese unterschiedlichen Zustände konnten in dem Augenblick zu einem gravierenden Problem werden, als sich innerhalb des Hauses ein Dissens über die Frage der Nachfolge des Kaisers auftrat. Diese Diskussion brach etwa um 1600 auf, als die sich in Schüben entwickelnde Regierungsunfähigkeit Rudolfs immer offensichtlicher wurde. Der dynastische Überlebenswille gebot den anderen Mitgliedern des Hauses, in die bedrohlich unsicher werdenden Verhältnisse des Prager Hofes einzugreifen, die noch dadurch verstärkt wurden, dass Rudolf II. ohne Nachfolger geblieben war. Die offensichtliche Handlungsunfähigkeit des Kaisers, der oft wochenlang den politischen Geschäften fernblieb, wurde zu einem echten Problem in dem Moment, in dem am Rande des habsburgischen Reiches, in Ungarn, eine antikatholische und antizentralistische Rebellion unter Führung des Magnaten Stefan Bocskay ausbrach, die Unterstützung in ungarischen Adel fand und zudem auch Beziehungen zum türkischen Sultan knüpfte, der sich mit dem Kaiser seit 1592/3 im sog. „langen Türkenkrieg“ befand¹⁵.

Angesichts dieser schwierigen Lage meinten die Erzherzöge des Hauses in die Prager Verhältnisse eingreifen zu müssen. Im April 1606 beschlossen sie, einen Politikwechsel vorzunehmen und den Frieden mit den Türken und Ungarn gegenüber dem Kaiser zu erzwingen¹⁶. Dies war sicherlich eine vernünftige Überlegung, die durchaus einer nüchternen Analyse der Tatsachen entsprach. Mit dieser politischen Strategie war aber auch die Entscheidung verbunden, dass der energische und ehrgeizige Erzherzog Matthias jetzt zum Oberhaupt der Familie erklärt wurde und man sich darauf einigte, die Absetzung Rudolfs voranzutreiben. Jetzt ergab sich der „Bruderzwist im Hause Habsburg“, ein dramatischer Widerspruch zwischen der offiziellen Politik des Kaisers, der den Krieg gegen die Türken und Ungarn fortsetzen wollte, und den verbündeten Erzherzögen, die genau das Gegenteil und zudem den Kaiser absetzen wollten. Ihnen gelang es, am 11. November 1606 mit den Türken den Frieden von Zitva-Torok abzuschließen und damit an der türkischen Front zunächst einmal für Ruhe zu sorgen. Diese Entscheidung sollte

¹⁵ Dazu Jan P. NIEDERKORN, *Die Europäischen Mächte und der lange Türkenkrieg Rudolfs II. (1594–1601)*, Wien 1993.

¹⁶ Solider Überblick bei Volker PRESS, *Kriege und Krisen. Deutschland 1600–1975*, München 1991, S. 174 ff. und zur gesamten deutschen Geschichte der Epoche LANZINNER, *Konfessionelles Zeitalter* (wie Anm. 3), S. 47 ff. und DERS., *Das römisch-deutsche Reich* (wie Anm. 3), S. 19–45.

auch für die Reichspolitik direkte Bedeutung haben, denn der bestehende Druck der türkischen Bedrohung, der sich bislang auf allen Reichstagen als wirksamer Hebel erwiesen hatte¹⁷, war jetzt gewichen und ermöglichte damit das Zerbrechen des Reichstags von 1608.

Mit diesen Ereignissen war nur zu deutlich geworden, dass in Zukunft das Haus Habsburg in zwei politische Lager geteilt war. Auf der einen Seite der sich in Prag abschließende, in seiner Stellung bedrohte Kaiser, auf der anderen Seite die Erzherzöge, von denen Erzherzog Matthias die führende Rolle übernahm. Eine weitere Schwächung des Hauses ergab sich dadurch, dass beide Herrscher in dieser Situation zu Kompromissen mit den Ständen in Ungarn und in Ober- und Niederösterreich gezwungen waren, um Unterstützung für ihre jeweiligen Positionen zu gewinnen. Angesichts der strategisch klugen Politik der Landschaften der österreichischen Herrschaftsgebiete zeichnete sich am Horizont ein ständisches Gesamtbündnis aller österreichischen Länder ab, das natürlich eine politische Bedrohung des bisherigen Herrschaftsverständnisses der fürstlichen Mitglieder des Hauses darstellen musste, andererseits aber unverzichtbar angesichts der Konfliktlage unter den Mitgliedern des Hauses war.

Dass die Führer dieser ständischen Bewegungen auch vom westeuropäischen Widerstandsdanken der Monarchomachen beeinflusst waren, unterstreicht noch einmal die besondere Gefahr, die von diesen ständischen Bewegungen ausging und weiter ausgehen sollte. Erste militärische Auseinandersetzungen führten dann im Vertrag von Lieben im Juni 1608 zu einer Stärkung der Position des Erzherzogs Matthias, der jetzt zum Herrn der österreichischen Lande, Ungarns und Mährens wurde, während Rudolf noch Böhmen, Schlesien und die Lausitzen behielt. Die böhmischen Stände nutzten diese günstige Situation der Herrschaftskonkurrenz freilich aus und entwickelten ein offensives Programm ständischer Autonomie mit der Absicherung ihrer politischen Führungsrolle und ihrer dissidentierenden Religion. Diesen Bestrebungen musste Rudolf im „Majestätsbrief“ vom Juli 1609 nachgeben, und eben damit wurde die Voraussetzung für die späteren Konflikte geschaffen, die zum Prager Fenstersturz führen und den Dreißigjährigen Krieg auslösen sollten.

Angesichts des späteren Sieges der katholischen Partei im böhmischen Konflikt (Schlacht am Weißen Berge 1620) mag man dazu neigen, diese alternativen Herrschaftsentwürfe der böhmischen und österreichischen Stände als chancenlos hinzustellen. Tatsächlich aber bedeuteten sie eine veritable Infragestellung der Herrschaft des katholischen Hauses Habsburg, in Prag wurde ein alternatives Herrschaftsprogramm entwickelt, wenn etwa für die Sicherung der ständischen Rechte gegenüber dem Kaiser sog. „Defensoren“ berufen wurden. In diesen Jahren – so lässt sich sagen – stand die absolutisti-

¹⁷ Dazu SCHULZE, Reich und Türkengefahr (wie Anm. 2), S. 81 ff.

sche Herrschaftskonzeption des habsburgischen Hauses durchaus auf der Kippe, der schließliche Sieg des Hauses muss als kontingent angesehen werden. Angesichts vieler besorgter, ja geradezu angsterfüllter Briefe der Mitglieder des Hauses wird man jede scheinbare Folgerichtigkeit oder gar Zwangsläufigkeit des Siegs der katholischen Partei ablehnen müssen. Mitteleuropa hätte in dieser Situation auch einen ganz anderen Weg gehen können¹⁸.

Fasst man die Situation dieser Jahre zwischen 1604 und 1609 zusammen, dann lässt sich durchaus feststellen, dass im mitteleuropäischen Raum ein Herrschaftsvakuum entstanden war, das alle politischen Optionen als offen erscheinen ließ. Die beteiligten Fürsten versuchten, ihre Positionen durch Bündnisse mit den Ständen ihrer Länder zu sichern, mussten sich deshalb von ihrem bisherigen politischen Grundsätzen weit entfernen und schufen damit eine prekäre Situation, in der sie von vielerlei Zufälligkeiten abhängig wurden. In dieser Situation griffen die Fürsten auf alle sich bietenden Hilfsmöglichkeiten zurück. So zum Beispiel bediente sich Kaiser Rudolf der Hilfe des energischen Erzherzogs Leopold, der Truppen für den Krieg um Jülich geworben hatte, um den Kampf gegen seinen Rivalen Matthias zu führen. Und spätestens an diesem Punkt berührt sich die Geschichte des Bruderkzwistes im Hause Habsburg mit den Vorgängen am Niederrhein in einer sehr direkten Weise.

Blicken wir jetzt genauer auf das Heilige Römische Reich und seinen politischen Zustand in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Für die Reichsebene ist hinlänglich bekannt, dass der „gläserne Friede“ von 1555 das Reich keineswegs befriedigt hatte, zudem hatte die Reichsexekutionsordnung zusätzlich die Territorialfürsten gestärkt, in deren Hände jetzt die Wahrnehmung des Landfriedens gelegt worden war. Seitdem war entschieden, dass in Deutschland die Fürsten und ihre Territorien vor allem den Gedanken neuzeitlicher Staatlichkeit repräsentierten¹⁹. Die auf den Reichskreisen aufbauende Exekutionsordnung war der Ordnungsrahmen für diese neue Stellung der Reichsstände. Der Augsburger Religionsfriede hatte zwar die politisch offene Situation des früheren 16. Jahrhunderts in eine dem Anschein nach dauerhafte Lösung überführen können, aber der auf der Anerkennung der neuen Zwietracht der Konfessionen aufbauende konfessionelle Dualismus bestimmte fortan das Reich, das für diesen Pluralismus jedoch sowohl mental wie politisch unvorbereitet war. Der Friede war letztlich ein „dilatatorischer Formelkompromiss“, wie Martin Heckel formuliert hat. Schon der entscheidende Aspekt der Dauerhaftigkeit des Friedens von 1555, der ihn bekanntlich von früheren Friedständen unterschied, war in den Verhandlungen umstritten gewesen, wie man aus einer Äußerung des kaiserlichen Rates Zasius erkennen kann, der schrieb:

¹⁸ Zu Böhmen Joachim BAHLCKE, *Regionalismus und Staatsintegration im Widerstreit. Die Länder der Böhmisches Krone im ersten Jahrhundert der Habsburgerherrschaft (1512–1619)*, München 1994.

¹⁹ Heinz SCHILLING, *Aufbruch und Krise. Deutschland 1517–1648*, Berlin 1988, S. 314 ff.

„Ihrer Majestät ist nichts schwörer noch saurer ankommen, als die punctationem mit den Worten ewig, für und für und immerwerend zu willigen; aber doch propter bonum pacis neben anderen, dass auch besser heraußen dann darin wäre, passiern lassen“²⁰.

Der jetzt dauerhafte Friede war, das wird damit deutlich, ein ungeliebter Friede.

In der Hauptsache griff man auf eine Lösung zurück, die seit dem Speyerer Reichstag von 1526 auf der Hand lag, sich auch in der Schweiz bewährt hatte und schon 1541 einmal von Sachsen vorgeschlagen worden war. Jedem Reichsstand wurde das Recht eingeräumt, das Bekenntnis seines Territoriums zu bestimmen, ein Prinzip, das seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts als *cuius regio, eius religio* einprägsam umschrieben wurde, eine griffige Formulierung, die sich im Frieden bekanntlich selber nicht findet.

Freilich wurden gegenüber diesem Grundprinzip zwei Ausnahmen festgehalten. Sie betrafen einmal die geistlichen Fürsten, denen ein Recht zur Reformation ihrer Länder genommen wurde, indem für den Fall eines Übertritts zum neuen Bekenntnis ihr Amtsverzicht festgeschrieben wurde. Dieses war natürlich nichts anderes als eine Garantie des Besitzstands für die geistlichen Territorien. Die von den Protestanten als Ausgleich für diese Bevorzugung geforderte Erklärung, dass die Untertanen solcher geistlicher Fürsten ihr protestantisches Bekenntnis behalten dürften, wurde ihnen zwar als private Erklärung König Ferdinands – als die sog. *declaratio Ferdinanda* – gegeben, sie wurde aber nicht dem offiziellen Text des Friedens einverleibt und galt damit am Kammergericht nicht, sie war reichsrechtlich nicht existent. Es unterstreicht auch ihre periphere Bedeutung, dass sie danach für längere Zeit in Vergessenheit geriet. Die zweite Ausnahme betraf die Reichsstädte, denn hier kam es der katholischen Partei vor allem darauf an, in den überwiegend protestantischen Städten des Reiches den noch verbliebenen katholischen Minderheiten ein minimales Existenzrecht zu sichern. Insofern wurde in den Städten ein Nebeneinander der Konfessionen akzeptiert, besonders eindringlich geschah dies in den paritätischen Reichsstädten, wo es vorkommen konnte, wie etwa in Ravensburg, dass beide Konfessionen die gleiche Kirche für ihre Gottesdienste benutzen und auch nach einem Brand des Kirchturms diesen gemeinsam wieder aufbauten²¹. Das war eine bemerkenswerte Ausnahme vom Grundprinzip der Einheitlichkeit der Konfessionen in einem Herrschaftsgebiet, ein Prinzip,

²⁰ Hier zit. nach Das Reichstagsprotokoll des kaiserlichen Kommissars Felix Hornung vom Augsburger Reichstag 1555, hrsg. von Heinrich Lutz und Alfred Kohler, Wien 1971, S. 117. f.

²¹ So berichtet SCHILLING, Aufbruch und Krise (wie Anm. 19), S. 261. Weitere Beobachtungen dieser Art bei Paul WARMBRUNN, Zwei Konfessionen in einer Stadt, Wiesbaden 1983, v. a. S. 192 f.

das bekanntlich später in Jülich-Berg noch eine wichtige Rolle spielen sollte²². Immerhin muss hervorgehoben werden, dass im Reich – im Unterschied zu den westeuropäischen Nationalstaaten – die Möglichkeit festgeschrieben wurde, dass unterschiedliche Bekenntnisse nebeneinander auf dem engen Raum der Stadtgesellschaft existieren konnten. Das Reich ging damit einen schwierigen Kompromissweg, der in seiner vorwärtsweisenden Qualität erkannt und deshalb zunächst einmal von der Last der folgenden Entwicklung hin zum Dreißigjährigen Krieg frei gehalten werden muss.

Wenn man danach fragt, welchen Änderungen das System von 1555 unterlag, dann ist zunächst auf das protestantische Lager selbst zu verweisen. Hier hatte sich bewahrheitet, was schon in der Reformation als die unausweichliche Folge des Bruchs mit der römischen Autorität vorausgesagt worden war, nämlich die weitere Aufspaltung in dissentierende Richtungen. Die erste bedeutende Veränderung des Systems ergab sich durch eine weitere Differenzierung innerhalb dieses Lagers selbst. Schon immer hatten Streitigkeiten die innere Geschichte der protestantischen Bewegung geschwächt, und diese hatten nach dem Tode Luthers im Jahr 1546 noch zugenommen. Die Herausbildung der calvinistischen Partei spätestens ab den frühen sechziger Jahren etablierte zwei Lager im Protestantismus und schuf damit neue Konfliktpunkte, denn für ein neues Bekenntnis war im strikt dual gedachten System von 1555 bekanntlich kein Platz, es war allein auf das katholische Lager und die Anhänger der Augsburgischen Konfession zugeschnitten²³. Um Kursachsen, das sich ja erst vor kurzem die Kurwürde verdient hatte, sammelten sich die kaisertreuen Protestanten in scharfer Gegnerschaft zu den Calvinisten²⁴, während die Kurpfalz seit den frühen sechziger Jahren zum Sammelpunkt aller calvinistischen und radikalprotestantischen Stände wurde. Die mangelnde Einheit der Protestanten schwächte ihre Interessenvertretung gegenüber dem Kaiserhof erheblich, wenn es z. B. darum ging, auf den Reichstagen die eigenen Gravamina auf die Tagesordnung zu setzen. Diese Taktik der Verzögerung konnte sich der Kaiserhof umso eher erlauben, als die sächsischen Kurfürsten in den folgenden Jahrzehnten der türkischen Bedrohung des Reiches immer unter dem Eindruck eines möglichen Durchbruchs des „Erbfeinds christlichen Namens“ durch Böhmen nach Sachsen lebten und auch deshalb nicht bereit waren, den Kaiserhof durch die Verweigerung von Steuern unter starken Druck zu setzen.

²² Dazu: Drei Konfessionen in einer Region. Beiträge zur Geschichte der Konfessionalisierung im Herzogtum Berg vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, hrsg. von Stefan Ehrenpreis und Burkhardt Dietz, Köln 1999.

²³ Zur umfassenden Deutung des Augsburger Religionsfriedens vgl. jetzt Axel GOTTHARD, *Der Augsburger Religionsfrieden*, Münster 2004.

²⁴ Dazu jetzt Thomas OTT, *Präzedenz und Nachbarschaft. Das albertinische Sachsen und seine Zuordnung zu Kaiser und Reich im 16. Jahrhundert*, Mainz 2008.

Kurpfalz blieb aber nicht der einzige Reichsstand, der sich zum Calvinismus bekannte, die sog. „Zweite Reformation“ ließ eine Gruppe von meist mittleren und kleinen Territorien entstehen, die sich um Heidelberg scharten. Der große Prozess der Differenzierung des deutschen Protestantismus, wie er auf dem Augsburger Reichstag 1566 deutlich geworden war, trieb seinem Höhepunkt zu, nachdem die Lutheraner immer deutlicher die Notwendigkeit erkannten, zu einem einheitlichen Bekenntnis zurückzufinden und zugleich weitere Abspaltungen zu verhindern. Wenn schon die große *concordia* aller christlichen Religionen nicht mehr zu retten war, wie dies seit 1555 festgeschrieben war, dann sollte es zumindest die kleine *concordia* innerhalb der eigenen Bewegung sein. Doch diese Versuche misslangen gründlich. Spätestens seit dem Fehlschlag der Konkordienformel von 1577, deren Anerkennung und Unterzeichnung Tausende von dissentierenden Theologen verweigerten, war die Spaltung offensichtlich geworden.

Es war nicht zuletzt eine Folge dieser Spaltung, dass die Bemühungen um die sog. „Freistellung“, die ein großes Thema der protestantischen Beschwerden in den sechziger und siebziger Jahren war, zu keinem Erfolg kamen. Der berühmte Traktat des katholischen Rates Andreas Erstenberger *De autonomia* von 1586 machte zugleich deutlich, welche gefährlichen Entwicklungsmöglichkeiten bis hin zur gänzlich freien Wahl der Religion im Begriff der Freistellung gesehen wurden. Nach dem Reichstag von 1576 war jedoch offensichtlich, dass die Beschwerden darüber keinen politischen Effekt mehr zeigten²⁵. Damit blieben dem protestantischen Adel die begehrten Pfründen der geistlichen Stifter vorenthalten, die bislang ihre nachgeborenen Söhne versorgt hatten. Die *Autonomia*-Schrift reagierte zwar in erster Linie auf das spezielle Freistellungsproblem dieser Jahre, es wurde freilich in all seinen Schattierungen und möglichen Weiterungen erörtert. Der päpstliche Nuntius Minuto Minucci hatte 1588 den Zustand im Reich so charakterisiert, dass er seit etwa 15 Jahren bei den Protestanten die Neigung beobachte, unter dem Namen der Freistellung die Zulassung zu allen geistlichen Ämtern, Würden und Benefizien in gleicher Weise wie die Katholiken zu verlangen. All dies verrate den „seltsamen und unbilichen Anspruch“, dass es im Reich zwei zugelassene und auch gleichberechtigte Konfessionen gebe. Wichtig erscheint bei Erstenberger neben der Zurückweisung aller anderen Varianten von Freistellung die allgemeine Diskreditierung des Freistellungsbegriffs, wenn er schreibt, „also daß autonomia oder die Freystellung anders nicht ist, dann ein freye Willkür und macht anzunemen zuthun zuhalten und zu glauben, was einer selbst wil und ihme gut dünckt oder gefellig ist“. Aus der gesamten Argumentation Erstenbergers wird klar, dass der Gedanke einer Freistellung der Religion als völlig unvereinbar mit einem ordentlichen

²⁵ Dazu vor allem die Untersuchung von Gudrun WESTPHAL, *Der Kampf um die Freistellung auf den Reichstagen zwischen 1556 und 1576*, Marburg 1976.

christlichen Regiment angesehen wurde, da „sie eben in deme und dardurch alle Ordnung gantzlich aufheben“. Die Argumentation Erstenbergers belegt eindrucksvoll *ex negativo*, welches Entwicklungspotenzial in der Debatte um die Freistellung gesehen werden muss.

Von daher kann kein Zweifel an der generellen Ablehnung einer Freistellung bestehen, von hier erklärt sich auch der besondere Hass gegenüber den Calvinisten. Allein die Heftigkeit der Reaktionen auf Forderungen einer individuellen Freistellung zeigt, dass mit diesem Vorschlag nicht nur die Hinnahe der jeweils anderen der beiden Konfessionen gemeint war, sondern dass hier zu Recht ein entscheidender Einbruch in das Autoritätsgefüge von Kirche und Reich vermutet wurde:

„die gantze Republica unnd uhralte herrliche Ordnung und Harmonie deß heiligen Römischen Reichs, als so auff zweyerlay Ständt und glider, Geistlich und Weltlich, wie die Confessionisten selbs öffentlich bekennen, fundirt und gegründet ist, (wirdet) zerrissen und labefactirt“²⁶.

In dieser Deutung konnte auch der Friede von 1555 nicht bestehen: „Religionsfrid ist der bösest strit“, so verunglimpfte Erstenberger den Frieden, der den Protestanten als *pax sancta et salutaris* galt²⁷. Er schloss damit an die Bewertung von Zasius an, der schon 1555 vom „haillos religionsfriede“ gesprochen hatte. Das hinderte diesen Reichspolitiker jedoch nicht, den Frieden gegenüber kritischen Bewertungen aus dem eigenen Lager zu mit dem Hinweis zu verteidigen, dass man mit dem Frieden „noch ergers und vil schädlichers und verdörblichers“ verhindert habe²⁸.

Der offensichtliche Misserfolg in der Freistellungsfrage führte dazu, dass der Reichstag von 1582 zu einem ersten Wendepunkt in der Entwicklung nach 1555 führte. Jetzt war unübersehbar geworden, dass in Zukunft keine legale Erweiterung des protestantischen Lagers etwa durch Übertritte geistlicher Fürsten zu erwarten war und damit die katholische Mehrheit in der entscheidenden Fürstenkurie des Reichstags für alle Zeiten festgeschrieben war. Folglich verschärfen sich die Diskussionen um die Frage der Mehrheiten auf dem Reichstag, und der sog. „Magdeburger Sessionsstreit“ war der erste

²⁶ Dazu auch Jodokus LORICH, Mein fürnemen ist allein kürztlich zu erweisen dass kein freystellung de religion sein noch beharrlich kündt bleiben, in: DERS., Religions Fried. Wider Die hochschädliche Begären und Rathschläge von Freystellung der Religion Für die christlichen Oberkeiten Teutscher Nation zur Erinnerung und Warnung kürztlich beschriben, Köln 1583, Vorrede.

²⁷ Zit. nach Martin HECKEL, Autonomia und Pacis Compositio. Der Augsburger Religionsfriede in der Deutung der Gegenreformation, in: ZRG KA 45 (1959), S. 141–248.

²⁸ Zasius an Herzog Albrecht von Bayern am 4. Juni 1555, hier zitiert nach Anja MEUSER, Für Kaiser und Reich, politische Kommunikation in der frühen Neuzeit, Johann Ulrich Zasius (1521–1570) als Rat und Gesandter der Kaiser Ferdinand I. und Maximilian II., Husum 2004, hier S. 113.

Ausdruck dieser neuen Konfliktlage²⁹, zugleich der Beginn einer langen Kette protestantischer Gravamina, die in Zukunft auf den Reichstagen vorgelegt werden sollten. Joachim Friedrich, der protestantische Administrator des Stifts Magdeburg aus dem brandenburgischen Kurhaus, wollte seinen Sitz in der Fürstenkurie des Reichstags einnehmen, was ihm von seinen katholischen Standesgenossen in einer dramatischen Szene erfolgreich verwehrt wurde. Damit war klar, dass die Administratoren der säkularisierten Stifter im Norden Deutschlands nicht damit rechnen konnten, jemals ihren Sitz im Fürstenrat einzunehmen, d. h. der nach 1555 im Nordosten des Reiches erzielte de facto-Machtgewinn des Protestantismus ließ sich reichspolitisch nicht nutzen. Immerhin waren nach dem Augsburger Frieden die Bistümer Meißen, Merseburg, Naumburg, Brandenburg, Havelberg, Lebus, Cammin, Magdeburg, Halberstadt, Lübeck und Bremen in protestantischen Besitz gekommen. Es mag die schwierige Lage der Protestanten auf den Reichstagen beleuchten, wenn nach diesem Reichstag protestantische Stimmen schon eine paritätische Besetzung der Deputationstage (also den kleinen Ersatzversammlungen für einen Reichstag zur Lösung spezieller Aufgaben) forderten oder sogar dafür plädierten, in Zukunft die mehrheitlich protestantischen Städte im Fürstenrat mitstimmen zu lassen, um so die Mehrheit gegenüber den Katholiken zu erlangen. So sehr dieser Vorschlag angesichts der starken finanziellen Position der Reichsstädte nachvollziehbar war, so wenig ergab sich eine Chance auf Durchsetzung der Forderung in dieser Situation. Ganz im Gegenteil, die Position der Reichsstädte im Abstimmungsverfahren des Reichstags wurde 1582 sogar noch weiter geschwächt.

Die Reichstage der Neunzigerjahre – also 1594 und 1597/98, aber auch der von 1603 – zeigten die Protestanten in einer politischen Falle gefangen, die sich einerseits durch den Druck der türkischen Gefahr an der Südostgrenze des Reiches und andererseits durch die festgeschriebene Mehrheit der katholischen Fürsten und Kurfürsten ergab. Protestantische Reichsstände, die sich nach diesen Reichstagen weigerten, die von der stabilen katholischen Mehrheit beschlossenen Türkensteuern zu erlegen, verfielen dem Urteil des Reichskammergerichts, wenn der Reichsfiskus den Prozess wegen Nichterlegung der Steuer angestrengt hatte³⁰. Den Protestanten musste dies als eine Bedrohung ihrer staatlichen Existenz erscheinen, gerade wenn sie vermuteten, dass die katholischen Mehrheitsmacher sich – mit kaiserlicher Zustimmung – der tatsächlichen Zahlung der Reichssteuern weitgehend entzogen.

Vor diesem politischen Hintergrund müssen auch die langwierigen Konflikte um die Bürgermeisterwahl in der mehrheitlich protestantischen Reichsstadt Aachen, die 1580 begannen, und um das Erzbistum Köln seit 1582

²⁹ Dazu zuletzt Josef LEEB, *Der Magdeburger Sessionsstreit von 1582. Voraussetzungen, Problematik und Konsequenzen für Reichstag und Reichskammergericht*, Wetzlar 2000.

³⁰ Dazu ausführlich SCHULZE, *Reich und Türkengefahr* (wie Anm. 2), S. 348 ff.

wahrgenommen werden, wo der Erzbischof Gebhard Truchsess von Waldburg entgegen den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens im Besitz seines Territoriums bleiben wollte, obwohl er zum protestantischen Bekenntnis übergetreten war. Der dadurch ausgelöste Kölner Krieg sicherte dieses wichtige Schlüsselterritorium für die katholische Konfession und lenkte damit zum ersten Mal den Blick auf die strategisch wichtige niederrheinische Region, die auch dem jülich-klevischen Erbfall seine besondere Bedeutung geben sollte.

Ziehen wir eine erste Zwischenbilanz: Der Augsburger Religionsfriede hatte zwar eine befriedende Wirkung entfalten können, hatte dadurch auch eine wichtige „Ausbauphase der Reichsverfassung“ (Maximilian Lanzinner) ermöglicht, aber er zeigte sich nicht in der Lage, die neu aufbrechenden Konflikte zu lösen, er stellte eine nur statische Lösung dar, die den neuen Belastungen nicht gewachsen war. Ja, im Gegenteil, der Religionsfriede musste angesichts seiner intendierten Endgültigkeit das Bedrohungsgefühl beider konfessioneller Lager eher noch verstärken. Damit war auch die Frage der langfristigen Geltung des Friedens von 1555 verbunden. War das eine *sanctio pragmatica*, eine *constitution*, ein Gesetz oder nur eine Traktation, ein Verbündnis oder eine Vergleichung? Die Frage der rechtlichen Qualität des Reichsschlusses war deshalb von Interesse, weil es offensichtlich in der Diskussion zweifelhaft war, ob der Religionsfriede nicht wie ein normaler Reichsabschied (wie ein „schlechter Reichsabschied“) beliebig durch einen neuen Abschied geändert werden könne oder ob hierzu ein neuer Vertrag geschlossen werden müsse³¹. Die Frage, ob man sich auf katholischer Seite überhaupt in die faktische Duldung der Ketzerei habe einlassen dürfen, wurde dabei mit einer Abwandlung des bekannten Notarguments beantwortet: „Ob schon die Ketzerei ein böses exercitium, ist doch die Zulassung dieses exercitiums vor sich nicht böß, sondern kann durch die Umstände cohonestiert werden“³².

Angesichts dieser Lage der Infragestellung des Friedens durch die katholische Seite und der von den Protestanten betriebenen Anzweiflung der Mehrheitsentscheidungen am Reichstag musste es im Reich besonders auf eine wirksame und unparteiische Gerichtsbarkeit ankommen. Theoretisch hätte dafür das Reichskammergericht bereitgestanden, das seit 1495 als ständisches Gericht im Namen des Kaisers Recht sprach und seit 1560 in Religionssachen auch paritätisch besetzt war³³. Genau an diesem zentralen Punkt der Struktur des Reiches

³¹ Vgl. dazu Michael HIRSCH, Zur Rechtsnatur des Augsburger Religionsfriedens. Ein Gutachten aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges, in: ZRG KA 79 (1993), S. 448–458.

³² Vgl. dazu *Pacis compositio*, d. i. Ausführlicher [...]Traktat von den Religionsfrieden anno 1555, Frankfurt 1629, S. 129.

³³ Vgl. dazu unter systematischen Gesichtspunkten Martin HECKEL, Deutschland im konfessionellen Zeitalter, Göttingen 1983, S. 94 f.

aber hatte sich seit 1588 eine Belastung dadurch ergeben, dass in diesem Jahr die sog. Visitation des Kammergerichtes durchgeführt werden sollte, in deren Verlauf üblicherweise die am Gericht unentschiedenen Fälle durch einen kleinen Ausschuss wechselnder Reichsstände geklärt zu werden pflegten. Als aber jetzt der erwähnte brandenburgische Administrator des Stifts Magdeburg an der Reihe gewesen wäre, in der Visitation mitzuarbeiten, weigerten sich die katholischen Stände wie vorher auf dem Reichstag, den Gesandten des Administrators mitarbeiten zu lassen. Damit war die Visitation nicht mehr arbeitsfähig, und so wurde natürlich auch der normale Gang der Gerichtsbarkeit des Reichskammergerichts unterbrochen.

Dies wäre freilich noch zu bewältigen gewesen, denn der sog. Deputationstag, der schon erwähnte „kleine Reichstag“ zu Beratungen nachgeordneter Probleme, hätte die Visitation prinzipiell ersetzen können, was er nach einem Beschluss des Reichstags von 1598 auch tun sollte. Dieser Zustand dauerte aber nur bis zum Jahr 1601, als sich der in Speyer tagende Deputationstag über den sog. Vierklösterstreit entzweite³⁴. Dieser Deputationstag war zwar bei den Kurfürsten paritätisch besetzt, bei den Fürsten saßen aber 10 katholischen Vertretern nur vier Protestanten gegenüber. Angesichts der anstehenden Beratungen über die vier Klöster in der Grafschaft Oettingen, der Markgrafschaft Baden-Durlach, der Reichsstadt Straßburg und im Gebiet des Reichsritters von Hirschhorn, die von ihren protestantischen Landesherren säkularisiert worden waren, und der vorher vom Reichskammergericht schon gefällten Entscheidungen zugunsten der Klöster schien es der Kurpfalz und weiteren protestantischen Ständen jetzt ratsamer, den Deputationstag ebenfalls zu verlassen und damit de facto auch diese Institution unwirksam zu machen. Damit waren die im Reichssystem normalerweise verfügbaren Instanzen zur Konfliktregulierung ausgeschöpft.

Natürlich gab es neben dem Reichskammergericht seit 1559 noch ein weiteres oberstes Reichsgericht, den kaiserlichen Reichshofrat, eigentlich in seiner Kompetenz i.W. auf Reichslehensfragen begrenzt³⁵. Der Kaiser nutzte jedoch den Reichshofrat zunehmend auch in anderen Fragen als in seiner eigentlichen Zuständigkeit, und auf diese Art und Weise wurde die Justizfrage zu einem weiteren Streitpunkt der Reichspolitik seit dem Ende des 16. Jahrhunderts. Der Reichshofrat galt in den Augen der protestantischen Stände als parteiisches Gericht, zu dem sie – zumal in Konfessionsfragen – kein Vertrauen hatten. Die Absicht der Protestanten lief darauf hinaus, alle Ent-

³⁴ Vgl. dazu Dietrich KRATSCH, *Justiz – Religion – Politik. Das Reichskammergericht und die Klosterprozesse im ausgehenden 16. Jahrhundert*, Tübingen 1990.

³⁵ Zuletzt dazu Stefan EHRENPREIS, *Der Reichshofrat im System der Hofbehörden Kaiser Rudolfs II. (1576–1612). Organisation, Arbeitsabläufe, Entscheidungsprozesse*, in: *MÖStA* 45 (1997), S. 187–205 und DERS., *Kaiserliche Gerichtsbarkeit und Konfessionspolitik. Der Reichshofrat unter Rudolf II. 1576–1612*, Göttingen 2006.

scheidungen, die als konfessionspolitisch bedeutsam interpretiert werden konnten, direkt an den Reichstag zu verweisen und dort nicht durch Mehrheitsentscheidung, sondern auf dem Wege der „amicabilis compositio“, einer freundschaftlichen Einigung, des Kompromisses, entscheiden zu lassen. Das Ziel einer solchen Politik lief in letzter Konsequenz auf eine völlige Paritätisierung der Reichsverfassung hinaus, so wie sie schließlich auch im Westfälischen Frieden in Art. V, § 52 festgeschrieben wurde³⁶. Dem nächsten Reichstag musste somit eine entscheidende Rolle zukommen, denn nur hier konnte nach Lage der Dinge noch eine Lösung des Streits gefunden werden.

Die Erregung auf Seiten der Protestanten über die Serie der Vorfälle zu ihren Ungunsten, die vermutete parteiische Rechtsprechung des Reichshofrates, dessen Entscheidung in der Angelegenheit der Achterklärung der kleinen Reichsstadt Donauwörth vor allem den hellen Zorn der Protestanten heraufbeschworen hatte, entlud sich auf dem Reichstag von 1608, der wieder einmal erhebliche Summen für den Krieg gegen die Osmanen bewilligen sollte, obwohl 1606 mit ihnen der schon erwähnte, vom Kaiser freilich nicht gewollte Friede von Zitva-Torok geschlossen worden war. Die protestantische Partei, diesmal erstaunlich einig für ihre Sache eintretend, verlangte vor der – wie üblich – geforderten Beratung über Steuern erst einmal eine neuerliche Bestätigung des Religionsfriedens. Diese Forderung aber wurde von den katholischen Fürsten geschickt mit der Gegenforderung nach Rückgabe aller nach dem Religionsfrieden säkularisierten Kirchengüter vor allen Dingen im Nordosten des Reiches gekontert. Nach letztlich ergebnislosen Beratungen über eine durchaus mögliche Kompromissformel verließen dann die protestantischen Stände unter Führung von Kurpfalz den Reichstag, diesmal sogar von Kursachsen unterstützt³⁷. Die brandenburgischen Gesandten meldeten aus Regensburg in einer Schrift voller Besorgnisse, man müsse sich jetzt gegen die Einführung einer „absoluta et monarchia potestate“ wehren³⁸. Jetzt

³⁶ IPO Art. V, § 52, zitiert nach *Instrumenta Pacis Westphalicae*. Die Westfälischen Friedensverträge 1648, hrsg. von Konrad Müller, Bern 1949, hier S. 129.

³⁷ Zum Reichstag 1608 immer noch die Quellenlage, wie sie von Moriz Ritter, Felix Stieve und Melle Klinkenberg gelegt wurde. Siehe: Briefe und Acten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses. Tl. 1: Die Gründung der Union 1598–1608, hrsg. von Moriz Ritter, München 1870; Briefe und Acten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses. Tl. 6: Vom Reichstag 1608 bis zur Gründung der Liga, hrsg. von Felix Stieve, München 1895 und *Acta Brandenburgica*, hrsg. von Melle Klinkenberg, Tl. 3: 1607 April–1608 Juli, Berlin [in Komm.] 1930; dazu die ältere Dissertation von Hermann Frh. von EGLOFFSTEIN, *Der Reichstag zu Regensburg 1609. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Dreißigjährigen Krieges*, München 1886. Dazu kommen jetzt die einschlägigen Kapitel bei Hans-Jörg HEROLD, *Markgraf Joachim-Ernst von Brandenburg-Ansbach als Reichsfürst*, Göttingen 1973, S. 87 ff.; Erika KOSSOL, *Die Reichspolitik des Pfalzgrafen Philipp Ludwig von Neuburg*, Göttingen 1976, S. 162 ff. und Axel GOTTHARD, *Konfession und Staatsräson (wie Anm. 1)*, S. 23 ff.

³⁸ *Acta Brandenburgica*, Tl. 3. (vgl. Anm. 37), S. 505.